

COMP F3 PUBLIC CONSULTATION

From: Holger Morell <Holger.Morell@stadt.wuerzburg.de>
Sent: Wednesday 31 May 2023 09:23
To: COMP F3 PUBLIC CONSULTATION
Cc: COMP STATE AID GREFFE; Rene Sauerteig
Subject: HT.6507_Reply_from_a_public_authority

Follow Up Flag: Follow up
Flag Status: Flagged

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Konsultation der EU-Kommission, Politikfeld Wettbewerb: Staatliche Beihilfen - Überprüfung der Vorschriften über Ausnahmen für geringfügige Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI-De-minimis-VO), möchte wir, die Stadt Würzburg, FB RVH, folgende Stellungnahme abgeben:

Die derzeitigen DAWI-Beihilfevorschriften erlauben die Gewährung von Beihilfen in Höhe von bis zu 500.000 € innerhalb von 3 Steuerjahren.

Das bei den DAWI-Leistungen unterstellte Marktversagen, d.h. es findet sich in der Regel kein Unternehmen, welches diese Leistungen im freien Wettbewerb erbringen will, liegt eben auch darin begründet, dass diese Leistungen regelmäßig defizitär sind.

Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse können nur dann in Bezug auf Qualität, Sicherheit und Bezahlbarkeit ausreichend und zukunftsicher erbracht werden, wenn durch etwaige Beihilfen sichergestellt wird, dass die Kosten des Unternehmens für die Erbringung der DAWI-Leistung ausgleichen werden, so dass es einem Leistungserbringer auch ermöglicht wird, seinen Auftrag wirtschaftlich zu erfüllen.

Es hat sich in der Praxis gezeigt, dass eine Erhöhung des Beihilfebetrags, der zu einer Beihilfefreiheit führt, dringend erforderlich ist, um die Erbringung von DAWI-Leistungen effektiv fördern zu können. Der gesetzliche Mindestlohn und weitere Preissteigerungen hin durch allerlei Segmente lassen eine zuverlässige Leistungserbringung zu den bekannten Konditionen kaum noch zu.

Die Erhöhung bedeutet für die Kommunen einen größeren Spielraum für die Gewährung einer DAWI-De-minimis-Beihilfe, verbunden mit weniger Verwaltungsaufwand bei bereits bestehenden Personalengpässen im öffentlichen Sektor, würde zeitgleich aber auch die Aufgabenerfüllung effektiv unterstützen. Andernfalls bliebe nur der wesentlich aufwändigere Verwaltungsprozess eines DAWI-Betrüungsaktes gewählt werden muss, um eine effektive Beihilfe für die DAWI-Leistung gewähren zu können.

Der bloße Ausgleich einer Inflationserhöhung von 500.000 € auf 650.000 € wird dem Zweck der DAWI-De-minimis-Regelung grundsätzlich nicht gerecht.

Es sollte somit eine Erhöhung der Beträge auf 1,00 Mio. Euro erfolgen, um ausreichend Spielraum für zukünftige Aufgaben im Bereich der absehbaren Herausforderungen (so z.B. der E-Mobilität, nachhaltige Energien und Energiewende) zu erreichen.

Wir hoffen auf eine Berücksichtigung unserer Stellungnahme im Rahmen der Konsultation und Erhöhung des Schwellenwertes von 500.000 € auf 1 Mio. € innerhalb von 3 Steuerjahren für Beihilfen aufgrund der DAWI-De-minimis-VO.

Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Holger Morell

EU-Beihilfestelle

Stadt Würzburg

Augustinerstr. 2

97070 Würzburg

Tel.: 0931 37-2961

Holger.Morell@stadt.wuerzburg.de

Aufgrund der sehr hohen Bedrohungslage durch Viren bevorzugt die Stadt Würzburg bei extern eingehenden E-Mails PDF-Anhänge.

Bitte beachten Sie, dass extern eingehende Mails mit Microsoft Office-Anhängen den Mitarbeitern ggf. mit einer Verzögerung zugestellt werden.

Dies bitten wir bei eiligen Angelegenheiten zu beachten.